

## **Plenarrede Dr. Bärbel Kofler am Donnerstag, 23. April 2015 zum Antrag**

### **„UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung globale gestalten-Post 2015 Agenda auf den Weg bringen.“**

(BT-Drs 18/ 4088)

Sehr geehrte Frau Präsidentin/ geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen,

Seit Januar laufen die internationalen Verhandlungen zur Post-2015-Agenda, deren Herzstück die 17 Nachhaltigkeitsziele sind.

Jeden Monat wird derzeit ein weiteres Paket verhandelt, damit beim UN-Gipfel im September ein neuer Zielkatalog verabschiedet werden kann.

Erst wurde die politische Erklärung zu Beginn der Agenda verhandelt, dann der Zielkatalog mit 17 Zielen und 169 Unterzielen, jetzt die Implementierungsinstrumente, dann ein Kontrollmechanismus und Fragen der Finanzierung.

Die neuen Ziele lösen die Millenniums-Entwicklungsziele ab, denn 2015 läuft die Frist zur Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele aus.

Die Bilanz ist gemischt: So sind Erfolge etwa bei der Armutsbekämpfung, im Kampf gegen Malaria und Tuberkulose, beim Zugang zu Trinkwasser oder bei der Grundschulbildung von Mädchen zu verzeichnen. Diese Fortschritte sind teilweise jedoch regional sehr unterschiedlich.

Gerade im Bereich Gesundheit hat uns die Ebola-Krise eindrücklich vor Augen geführt, wie wichtig funktionierende Gesundheitssysteme für alle Länder sind. Funktionierende Systeme flächendeckend aufzubauen, ist sicher keine leichte Aufgabe. Aber sie sind das Fundament, das gebraucht wird, wenn wir erreichen wollen, was die Nachhaltigkeitsziele zum Thema Gesundheit vorschlagen.

Auch im Bereich Bildung bedarf es weiterer Anstrengungen, um „Bildung für alle“ Wirklichkeit werden zu lassen. Der im April vorgestellte Weltbildungsbericht der UNESCO zeigt: Viel zu oft entscheiden Armut, Wohnort, Geschlecht, ethnische Zugehörigkeit oder Behinderung darüber, welche Bildungschancen Menschen haben.

Das Risiko, die Grundschule nicht beenden zu können, ist für Kinder aus sehr armen Familien heute fünf Mal höher als für solche aus sehr reichen. Auch auf weiterführenden Schulen und Universitäten sind die Chancen extrem ungleich verteilt, besonders arme, auf dem Land lebende Mädchen und Frauen werden ausgeschlossen.

Dabei ist Bildung ein Schlüssel, um soziale Ungleichheit zu überwinden und ein Leben ohne Armut zu erreichen. Wir brauchen gute öffentliche und gebührenfreie Bildung, um diese Ungleichheit zu beseitigen, auch das ist Aufgabe der neuen Nachhaltigkeitsziele.

Mit den Nachhaltigkeitszielen müssen wir es also schaffen, die guten Entwicklungen der letzten Jahre zu verstetigen und dort, wo Mängel bestehen, besser zu werden.

Deutliche Defizite gibt es bei der Frage von ökologischer Nachhaltigkeit, aber auch bei der Aufgabe der Industrieländer, eine substanzielle Entwicklungspartnerschaft einzugehen und ein entwicklungsfreundliches internationales Umfeld zu schaffen. Insgesamt haben sich die Fortschritte angesichts des Klimawandels und der Wirtschafts- und Finanzkrise von 2008 in den letzten Jahren verlangsamt.

Das bedeutet, dass viele Themen der Millenniumsziele auch in einer neuen Post-2015-Agenda noch einmal aufgerufen werden müssen.

Dennoch sind die Nachhaltigkeitsziele nicht nur eine Fortsetzung der bisherigen Entwicklungsziele. Im Unterschied zu den Millenniumszielen adressieren die 17 Nachhaltigkeitsziele auch globale Themen, die bisher nicht berücksichtigt wurden.

Lassen Sie mich einige der neuen Themen und Ziele nennen: Der Abbau inner- und zwischenstaatlicher Ungleichheiten mit Ziel 10, menschenwürdige Arbeit weltweit mit Ziel 8, Klimawandel und Energie mit Ziel 7, Urbanisierung Ziel 11, Menschenrechte, Frieden und Sicherheit.

Neu ist auch die universelle Geltung der Nachhaltigkeitsziele. Die Universalität, also die Geltung der Ziele für alle Länder dieser Erde, macht nachhaltige Entwicklung auch zur Aufgabe für Industriestaaten.

Es handelt sich somit nicht mehr um eine auf den Süden bezogene, rein entwicklungspolitische Agenda, sondern um eine globale Agenda, die auch für unsere nationalen Politikfelder Richtschnur wird.

Das ambitionierte Ziel lautet, das Recht auf ein menschenwürdiges Leben und soziale Entwicklung mit den ökologischen Belastungsgrenzen des Planeten in Einklang zu bringen.

Dies wird uns nur dann gelingen, wenn in New York alle vorgeschlagenen Ziele verabschiedet werden – auch die politisch vermeintlich unbequemereren wie die Reduzierung von Ungleichheit.

Gut zu hören, dass die deutsche Bundesregierung alle 17 Ziele unterstützt und auch in New York kein Staat den vorliegenden Zielkatalog verändern möchte.

Wollen wir zukünftig die Nachhaltigkeitsziele erreichen, so wird es entscheidend darauf ankommen, dass wir unsere Politikkohärenz verbessern. Eine bessere Kohärenz muss zwischen Themenfeldern ebenso gesucht werden, wie eine bessere Kooperation zwischen Institutionen.

Die Frage muss sein: Wie kann nationale Politik so abgestimmt und gestaltet werden, dass sie mit Blick auf Entwicklungszusammenarbeit und den Erhalt globaler Güter wie Umwelt und Klima, soziale Gerechtigkeit und stabile Finanzmärkte an einem gemeinsamen Strang zieht.

Gerade bei dem Thema „Gute Arbeit weltweit“ zeigt sich, dass viele nationale Politikfelder betroffen sind, um globale Missstände zu beheben. Die Industrieländer

sind gefordert, denn oft sind es europäische oder US-amerikanische Unternehmen, die unter ausbeuterischen Bedingungen in ärmeren Ländern produzieren lassen.

Ein Blick auf die aktuellen Zahlen der Internationalen Arbeiterorganisation zeigt: Im Jahr 2013 verdienten rund 900 Millionen Beschäftigte so wenig, dass sie und ihre Angehörigen mit weniger als 2 US Dollar pro Tag auskommen mussten. Fast 400 Millionen Menschen verdienten sogar weniger als 1,25 US Dollar pro Tag. Bei Menschen mit diesem geringen Einkommen spricht die Weltbank von absoluter Armut. Zu Recht!

Fast ein Drittel der Beschäftigten in Entwicklungsländern lebt in großer Armut, sogenannte working poor! Diesen Menschen ist es nicht möglich, von ihrem Arbeitslohn die grundlegendsten Lebensbedürfnisse zu befriedigen.

Die fehlende finanzielle Sicherheit ist dabei jedoch nicht das einzige Problem. Fast 21 Millionen Menschen schufteten unter sklavenähnlichen Bedingungen. Häufig finden diese Formen der Ausbeutung versteckt statt. Katastrophal sind auch die Bedingungen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Textil- oder auch Elektroindustrie oder im Kohle- und Rohstoffabbau.

Ein besonderes Problem stellt gerade in Entwicklungsländern die informelle Arbeit dar. Sie ist nicht registriert, nicht reguliert- und deshalb auch arbeits- und sozialrechtlich geschützt.

Eben aus all den genannten Gründen ist es wichtig hier zu verbindlichen, einheitlichen Standards in der Lieferkette zu kommen.

Ich möchte die Gelegenheit aber auch nutzen und ein positives Beispiel für einen ressortübergreifenden Ansatz zum Thema „Gute Arbeit weltweit“ vorstellen: Den Vision Zero Fond.

Letzten Monat haben Arbeitsministerium und Entwicklungsministerium gemeinsam einen Fond konzipiert, den Vision Zero Fund, der in den Produktionsstätten in ärmeren Ländern Arbeitsschutzmaßnahmen möglich machen wird.

Der Fond steckt noch in den Kinderschuhen, wird aber auch im Rahmen von G7 in Elmau beraten werden. Auch Unternehmen aus Industrienationen sollen zur Finanzierung beitragen und machen es somit möglich, dass in ihre Zulieferketten hinein Arbeitsschutzmaßnahmen aufgebaut werden.

Nach Verabschiedung der Nachhaltigkeitsziele im September 2015 wird es darum gehen müssen: Wer wird die Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele zukünftig kontrollieren? Eines ist für mich klar, in jedem Fall müssen Parlamente zukünftig aktiv in die Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele und deren Kontrolle einbezogen sein.

Und noch ein Wort zur Finanzierung der Nachhaltigkeitsziele. Parallel zu den Post-2015 Verhandlungen in New York wird die dritte Konferenz zur Entwicklungsfinanzierung vorbereitet, die im Juli in Addis Abeba stattfindet. Diese Verhandlungen können wir nicht losgelöst voneinander betrachten.

Wenn wir im Herbst in New York eine ambitionierte Post-2015 Agenda verabschieden wollen, müssen wir im Sommer in Addis eine verbindliche Aussage dazu machen, wie unser finanzieller Beitrag zur Umsetzung dieser Agenda aussieht.

Wichtig für unsere internationale Glaubwürdigkeit ist auch eine klare und verbindliche Aussage dazu, bis wann wir das 0,7%-Ziel umsetzen werden. Die Einführung der Finanztransaktionssteuer müssen wir weiter voranbringen. Die Einnahmen aus der Finanztransaktionssteuer müssen auch für Entwicklungszusammenarbeit und den internationalen Klimaschutz eingesetzt werden. Das wäre ein wichtiger deutscher Beitrag für eine nachhaltige globale Entwicklung.